

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Joachim Hagen

27.07.2019 /19.20-19.50 Uhr
28.07.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Große Aufgaben für die neue Verteidigungsministerin – was sind die wichtigsten Baustellen für Annegret Kramp-Karrenbauer? Interview mit Detlef Buch vom Bundeswehrverband
- Tauziehen um Milliarden-Auftrag der Marine – Deutsche Werften hoffen auf das Mehrzweckkampfschiff 180
- Rückversicherung durch die USA? Polens Bemühungen um einen dauerhaften US-Stützpunkt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon:
Joachim Hagen. Und das sind unsere Themen:

- Große Aufgaben für die neue Verteidigungsministerin – was sind die wichtigsten Baustellen für Annegret Kramp-Karrenbauer? Wir sprechen gleich mit einem Vertreter des Bundeswehrverbandes
- Tauziehen um Milliarden-Auftrag der Marine – Deutsche Werften hoffen auf das Mehrzweckkampfschiff 180. Und:
- Rückversicherung durch die USA? Polens Bemühungen um einen dauerhaften US-Stützpunkt

Vor wenigen Tagen wurde die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer als neue Verteidigungsministerin vereidigt. Und schon vorher hatte sie ihre Position deutlich gemacht. Sie wolle sich für eine Steigerung des Verteidigungshaushalts einsetzen und es gebe keinen Generalverdacht, dass die Truppe rechtsextreme Vorfälle in ihren Reihen dulde. Ich habe mit Detlef Buch vom Deutschen Bundeswehrverband darüber gesprochen, wie diese Äußerungen bei den Soldaten ankommen. Er ist Mitglied im Vorstand des Bundeswehrver-

bands und Vorsitzender des Fachbereichs Besoldung, Haushalt und Laufbahnrecht. Zuerst habe ich Detlef Buch gefragt, was ist das wichtigste Problem, um das sich die neue Verteidigungsministerin kümmern muss?

Interview Joachim Hagen mit Detlef Buch vom Bundeswehrverband

Buch

Ich glaube, das wichtigste Problem ist im Bereich des Personals. Die Bundeswehr ist in der Trendwende Personal, will in den nächsten Jahren noch mal um etliche tausend Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeiter wachsen. Gleichzeitig stehen wir vor dem Phänomen, das Menschen die Bundeswehr verlassen. Die Bundeswehr steht im Wettbewerb mit allen anderen Arbeitgebern. Und ich glaube, wenn sie an dieses Thema Personal rankommt, und den Menschen, die bei der Bundeswehr sind, den Dienst so attraktiv macht, dass sie dabeibleiben, aber auch dementsprechend etliche Maßnahmen und Prozesse, die schon am Laufen sind, auch weiterführt, dass am Ende noch mehr Menschen als bisher, sich für den Dienst in der Bundeswehr entscheiden.

Hagen

Das große Problem ist ja offenbar Fachkräfte zu kriegen, weil die natürlich auch von der Industrie dringend gesucht werden. Sehen Sie da irgendeine Richtung, wie es gehen könnte, wie diese Fachkräfte besser zur Bundeswehr geholt werden können?

Buch

Ja, ich sehe schon eine Richtung: seit anderthalb Jahren ist angestoßen, durch den Innenminister, ein Gesetz in der Schwebe, was im Prinzip den Dienst in der Bundeswehr attraktiver machen soll, was beispielsweise Fachkräften eine bessere Besoldung und bessere Arbeitsbedingung verschaffen soll, was die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Öffentlichen Dienstes verbessern soll. Mit diesem Gesetz zur Modernisierung der Besoldung, so sagt man, und dem Umszugskostenrecht, das hört sich etwas sperrig an, aber so heißt es, ist die Bundeswehr und der ganze Öffentliche Dienst auf einem Weg, der dazu führen

könnte, dass auch Fachkräfte sagen: ich entscheide mich lieber für die Bundeswehr, anstatt für Siemens, BMW oder sonst wen als Arbeitgeber.

Hagen

Kommen wir mal zum Thema Kramp-Karrenbauer und was sie jetzt in den letzten Tagen gesagt hat. Sie hatte ja vor kurzem noch vor ihrer Vereidigung den Soldaten versichert, dass es keinen Generalverdacht gegen sie gebe, und sich damit von dem Vorwurf ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen distanziert, die Truppe habe angesichts mehrerer Fälle von Rechtsextremismus ein Haltungproblem. Wie ist das in der Truppe angekommen? Glauben die das der neuen Verteidigungsministerin?

Buch

Also ich finde, sie hatte eine starke erste Woche. Sie hat Dinge gesagt, wie dass sie sich zum Wohle der Soldaten engagieren will, dass die Soldaten sich behütet fühlen sollen. Sie hatte in ihrer Antrittsrede in der Regierungserklärung gesagt, dass sie die Interessen der Soldaten vertreten will, und dass sich die Soldaten auf sie verlassen können. Und insofern, nach allem, was ich bisher höre, glaubt man ihr das schon. Sie scheint für Transparenz, Offenheit aber auch Engagement zu stehen. Und sie ist ja auch ein politisches Schwergewicht in Deutschland. Und letztlich ist sie jemand, die jahrelange Erfahrung hat in der Politik. Sie war Abgeordnete im Bundestag, in den Landtagen, sie war mehrfache Ministerin, auch übrigens im Sicherheitsbereich – ihr wird ja oft vorgehalten, dass sie keine Erfahrung hat, es hieß, sie war Novizin. Nein, sie war die erste weibliche Innenministerin. Und insofern ist sie ein politisches Schwergewicht, die eine gute erste Woche hatte, die zum Wohle der Bundeswehr, die zum Wohle der Beschäftigten der Bundeswehr, viele Aussagen getroffen hat. Von daher stimmt es mich ganz zuversichtlich momentan.

Hagen

Aber Frau von der Leyen hatte ja durch dieses Ansprechen des sogenannten Haltungproblems viel Porzellan zerschlagen. Glauben Sie, dass diese Störung des Verhältnisses der Ministerin zur Truppe, dass das damit wieder verbessert werden kann, durch diese Äußerungen von Frau Kramp-Karrenbauer?

Buch

Ich denke, wenn sie Transparenz zeigt, wenn sie Offenheit zeigt und Engagement, wenn sie zeigt, noch in diesem Jahr, dass sie die Dinge, die vor der Ziellinie stehen über die Ziellinie verhilft, und damit der Bundeswehr viel Gutes tun könnte als neue Ministerin, dann könnte sie schon ein anderes Standing bekommen.

Hagen

Im Bundestag wird ja gerade untersucht, ob das Verteidigungsministerium zu viele externe Berater eingesetzt hat. Hat das Ministerium zu wenig Experten, gerade wenn es um die Beschaffung neuer Waffensysteme geht oder ist das ein generelles Misstrauen gegen die eigenen Leute?

Buch

Ich glaube, es ist keine Besonderheit des Verteidigungsministeriums, dass man auf externe Berater zurückgreift, zumal ja auch der Verteidigungsbereich immer komplexer wird und gerade für Außenstehende, aber auch für Insider, immer weniger zu durchdringen ist. Für mich ist das eine rein politische Entscheidung, wie man bei seinen Entscheidungsprozessen auf Berater zurückgreift, die nicht Mitglied im System sind, die nicht dem System angehören. Von daher maße ich mir über diese ganze Geschichte Berater-Affäre und Vergabe von Beratungsleistung nicht so richtig ein Urteil an. Ich glaube aber, wenn ich auf die Bundeswehr gucke, in den Bereich der Beamten, der Arbeitnehmer und der Soldaten, wir haben genug Experten, die sich mit allen Themen gut auskennen. Wir haben vom einfachen Dienst bis zum höheren Dienst hochqualifizierte Fachleute in allen Bereichen. Deswegen ist es eine rein politische Entscheidung zu sagen, wir greifen eben nicht auf die Expertise zurück, die wir haben – wir haben auch Bundeswehruniversitäten, wir haben andere Hochschulen – sondern wir greifen auf Externe zurück.

Hagen

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, hat in seinem Jahresbericht von einem „Bürokratie-Monster Bundeswehr“ gesprochen, das alle Modernisierungsbemühungen ausbremse. Sehen Sie das auch so?

Buch

Ja, in der Tat ist es so, die Bundeswehr hat zwar ihre Vorschriften-Landschaft reformiert von ca. 45.000 Vorschriften auf 15.000 Vorschriften, aber Sie müssen sich vorstellen, der gesamte Öffentliche Dienst selber ist ja sehr bürokratisch. Und auf diese Bürokratie des Öffentlichen Dienstes flanscht die Bundeswehr noch eine Militärbürokratie oben drauf. Mit unglaublich schwierigen Prozessen, besonders im Bereich Rüstung, Ausrüstung. Vom Kleinen im Alltag, vom Bestellen einer Glühbirne für einen Beamer bis hin zum großen Waffensystem A-400, sind die Prozesse schwierig und langwierig, teilweise intransparent. Von daher ja, da kann viel passieren im Bereich der Endbürokratisierung.

Hagen

Auf der anderen Seite heißt es, dieses Ministerium sei in gewisser Weise unkontrollierbar, wenn wir mal auf die Gorch Fock-Affäre blicken, wo es darum ging, dass die Ministerin gar nicht wusste, wie teuer diese Renovierung des Segelschulschiffes werden sollte. Ist das nicht ein Beispiel dafür, dass dieses Ministerium wirklich nicht zu kontrollieren ist?

Buch

Das glaube ich nicht. Aus diesem Ministerium sind in den letzten zwei Jahren viele wichtige Anstöße gekommen. Denken Sie allein daran, dass im Verteidigungsministerium geboren, wir in diesem Jahr noch vor der Sommerpause ein Gesetz durch den Bundestag gebracht haben, was sich Einsatzbereitschaft-Stärkungsgesetz nennt. Wo aus dem BMVG heraus in kürzester Zeit viele wichtige Punkte zum Wohle der Angehörigen der Bundeswehr umgesetzt wurden.

Ja, das BMVG ist auch bürokratisch, wie jede oberste Bundesbehörde auch, da kann man sicherlich hier und da auch noch etwas verschlanken, oder Prozesse vereinfachen, aber letztlich würde ich im Vergleich des Verteidigungsministeri-

ums mit allen anderen 15 obersten Bundesbehörden jetzt nicht sagen, wo anders geht es wesentlich schneller, effizienter oder effektiver, sondern da stehen alle in der gleichen Reihe.

Hagen

Aber wie kann es sein, dass der Ministerin nicht gesagt wurde, wie teuer eigentlich die Renovierung des Segelschulschiffes ist? Wie kann das sein, in einer Behörde, wo eigentlich alles hierarchisch von oben nach unten delegiert wird?

Buch

Wieso das jetzt in diesem Beispiel konkret so war, weiß ich nicht. Aber wie gesagt, das liegt daran, das natürlich die Zuständigkeiten in der Bundeswehr, und die Verantwortlichkeiten, so stark in den letzten Jahren diffundiert sind, und auch teilweise aus dem BMVG heraus delegiert wurden – denken Sie nur an das Ausrüstungs- und Beschaffungsamt in Koblenz – und gleichzeitig fehlen aber in all diesen Behörden wiederum Menschen, und da schließt sich wieder der Kreis zum Thema Personal, allein in dem Beschaffungsamt in Koblenz, was natürlich auch bei dem Thema Gorch Fock eine große Rolle spielt, fehlen über tausend Dienstposten. Und wenn Menschen nicht auf Dienstposten sitzen, wird die Arbeit nicht gemacht. Dann gehen Informationen verloren. Und dann kommt es vielleicht auch dazu, dass am Ende, ganz oben bei der Ministerin, nicht das ankommt, was ankommen soll.

Hagen

Frau Kramp-Karrenbauer hat ja schon angekündigt, dass sie sich für eine Steigerung des Bundeswehretats auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einsetzen wolle. Aber oft können ja schon die bewilligten Gelder nicht ausgegeben werden, weil die Industrie nicht liefern kann. Denken Sie zum Beispiel an das Transportflugzeug A-400-M. Ist dieses 2-Prozent-Ziel nicht etwas illusorisch?

Buch

Es geht am Ende nicht nur um die Höhe des Geldes, und wir haben auch als Verband mehrfach gesagt, dass wir schon mal zufrieden wären, wenn es die

1,5 Prozent werden würden im Jahr 2023, was übrigens 52,2 Milliarden Euro wären, sondern es geht auch darum, die Prozesse in der Bundeswehr so zu verändern, dass das Geld, was da ist, auch ausgegeben werden kann, und zwar innerhalb eines Jahres. Ein Haushaltsgrundsatz ist ja die sogenannte Unterjährigkeit, d.h. das Geld, was in dem Bundeshaushalt, zum Beispiel in dem jetzt laufenden Jahr 2019, da ist, muss in 2019 ausgegeben werden. Wenn das Personal fehlt, was im Zusammenhang mit der Industrie Aufträge vergibt, und die Verträge nicht geschlossen werden, dann fließt das Geld nicht ab. Und dann fließt das Geld zurück und die Industrie hat nichts davon, die Bundeswehr hat nichts davon. Und deswegen noch mal mein Petition: wenn in allen Bereichen der Personalaufwuchs so, wie er momentan stattfindet, weiterläuft, dann könnte am Ende mit all den Auswirkungen auf all die Prozesse, über die wir hier reden, es tatsächlich eine Erfolgsgeschichte werden.

Hagen

Sie sind also zuversichtlich?

Buch

Ich bin zuversichtlich. Seit dem Beginn der Trendwende Personal im Jahr 2016 hat die Bundeswehr netto über sechseinhalbtausend Menschen mehr gefunden. Das ist nach sogenannten Jahresscheiben aufgeteilt: man hat in jedem Jahr ein kleines Ziel, was man erreichen will und am Ende das große Ziel zu erreichen. Und wenn man sich das Jahr 2018/19 anguckt, dann ist man im grünen Bereich. Das hat uns auch erstaunt, weil wir aus der Truppe oft hören, das Personal fehlt. Es fehlt tatsächlich auf Dienstposten, weil es in der Ausbildung ist. D.h. über 33.000 Soldatinnen und Soldaten sind in der Ausbildung, sind an den Schulen, an den Universitäten, an den Ausbildungseinrichtungen, und eben nicht auf Dienstposten, wo sie gebraucht werden; aber unterm Strich von der Kopfzahl, die die Bundeswehr momentan laut dieser Trendwende Personal im laufenden Jahr braucht, ist man mit einer Erfüllungs-Quote von über 99 Prozent im grünen Bereich.

* * *

Soweit Detlef Buch vom Deutschen Bundeswehrverband zu den Aufgaben der neuen Verteidigungsministerin.

Über die Schwierigkeiten bei der Beschaffung neuer Waffensysteme haben wir ja eben schon gesprochen. Ein Beispiel dafür, wie kompliziert das sein kann, ist das neue Mehrzweckkampfschiff 180. Es ist der größte Marine-Auftrag in der Geschichte der Bundesrepublik. Für rund vier Milliarden Euro sollen vier dieser Schiffe gebaut werden – mit der Option auf zwei weitere. Im Rennen um den Auftrag sind nur noch zwei Werften: Damen Shipyards aus den Niederlanden sowie German Naval Yards aus Kiel. Und die Kieler Werft kann auf Schützenhilfe aus Norddeutschland hoffen. Vor kurzem haben sich Politiker, Wirtschaftsvertreter und Verbände zum ersten „Maritimen Parlamentarischen Abend der Industrie und Handelskammer Schleswig-Holstein“ in Kiel getroffen. Christian Wolf berichtet.

Manuskript Christian Wolf

ATMO Yacht-Club

Es ist ein warmer Juni-Abend, als im Kieler Yacht Club direkt an der Förde der erste Parlamentarische Abend der Industrie und Handelskammer Schleswig-Holstein beginnt. Es soll um „Kooperationen der deutschen Werften im Marineschiffbau“ gehen – so steht es zumindest auf der Einladung. Doch tatsächlich steht im Mittelpunkt nur ein Thema – der milliardenschwere Marine-Auftrag für das neue Schiff MKS 180.

Das künftige Marineschiff ist ein Allround-Talent. Es soll nördlich des Polarkreises und am Äquator einsatzfähig sein, geeignet für Waffensysteme wie Drohnen oder Marschflugkörper und im Tiefen wie im küstennahen Gewässer operieren können.

Es geht um viel – und das nicht nur für die Werft German Naval Yards. Denn der Schiffbau ist für Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes liegt bei etwa 100 Milliarden Euro. Rund fünf Milliarden steuern laut Wirtschaftsministerium die Werften dazu. Außerdem

sind knapp 5.000 Menschen direkt beschäftigt, weitere 15.000 sind es in der Zulieferer-Industrie. Für Gastgeber Klaus-Hinrich Vater, Geschäftsführer der IHK Kiel, nicht der einzige Grund warum der Auftrag nach Kiel kommen muss.

O-Ton Vater

„Wir bieten etwas an, was wir auch können. Gleichzeitig wissen wir auch, dass so viel neue Entwicklung und Innovation da drin stecken, in diesem Auftrag, dass man sicher sein kann, dass man also auch für andere Marinen auf der Welt einfach interessant wird. Und damit dann mindestens, ich würde sagen Jahrzehnte, eine hohe Kompetenz und ein hohes Know-how aufbaut, was die Wertschöpfung der nächsten Jahre angeht.“

Davon soll aber nicht nur Schleswig-Holstein profitieren. Sollte German Naval Yards den Zuschlag erhalten, dann würden davon auch andere Werften in Norddeutschland profitieren, so der Geschäftsführer von German Naval Yards Jörg Herwig.

O-Ton Herwig

„Also, wenn der Auftrag zu uns kommt, ist es ein Auftrag, den wir dahingehend strukturieren müssen, dass wir ihn im Kosten- und Zeitrahmen auch abarbeiten können. Und bei einem solchen Volumen dessen, was dort umgesetzt werden soll, werden wir Spezialisten anderer Unternehmen auch einbinden müssen.“

Doch warum wurde der größte Einzelauftrag in der Geschichte der Bundesmarine überhaupt erstmals europaweit ausgeschrieben? Vor allem, wenn andere europäische Staaten ihre Rüstungsgüter zum größten Teil im eigenen Land beschaffen und sich dabei auf den Vertrag von Lissabon berufen. Danach kann das jeder Mitgliedsstaat für die Wahrung seiner Sicherheitsinteressen machen. Aus dem Bundesverteidigungsministerium heißt es dazu.

Zitat

„Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sah vor, dass öffentliche Auftraggeber-Waren grundsätzlich im Wettbewerb und im Wege transparenter Vergabeverfahren zu beschaffen seien. Außerdem wollte das Bundesministerium der Verteidigung sich im Vergabeverfahren MKS 180 unter anderem die Vorteile eines Wettbewerbes zu Nutze machen. Daher und weil der Vergabegenstand diese Möglichkeit eröffnete, wurde als Vergabeverfahrensart ein

Verhandlungsverfahren mit europaweit bekanntzumachendem Teilnahmewettbewerb gemäß § 11 Abs.1 der Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit gewählt.“

In der Vergangenheit hat es bei der Beschaffung von neuen Marineschiffen viele Probleme gegeben. Das ist aus Sicht vieler hochrangiger Vertreter aus dem Bundesverteidigungsministerium und der Marine der wahre Grund, warum das Projekt MKS 180 europaweit ausgeschrieben wurde. In das Mikrofon will das aber keiner sagen.

Ärger hat es beispielsweise bei der Korvetten-Klasse 130 mit dem Typenschiff „Braunschweig“ gegeben. Durch verschiedene technische Mängel an der Ruderanlagen, dem Getriebe oder der Klimaanlage verzögerte sich die Auslieferung um mehrere Jahre. Auch bei der Fregatte 125, die so genannte Baden-Württemberg-Klasse, hat es viele technische Probleme gegeben. Eigentlich sollte das Schiff 2017 in Dienst gestellt werden. Aufgrund von Überarbeitungen und der Beseitigung der schwerwiegenden Mängel passierte das allerdings erst vor über einem Monat. Vor allem aus dem letzten Projekt scheint das Bundesverteidigungsministerium viel gelernt zu haben.

Zitat

„Eine wesentliche Erkenntnis aus vorangegangenen Rüstungsprojekten ist die Notwendigkeit einer klaren und nicht zu interpretierenden Darstellung der jeweiligen Verpflichtungen im Vertrag. Dies ist nur mit einer detaillierten Spezifikation der Leistungen zu erreichen. Für wesentliche Leistungsmerkmale werden nach Möglichkeit Garantien des Auftragnehmers vereinbart, die bei Nichterfüllung auch mit Vertragsstrafen belegt werden.“

Das bedeutet – künftig soll im Vertrag alles klar definiert sein. Liefert der Auftragnehmer nicht was vereinbart wurde, werden Strafen fällig.

Mittlerweile scheint dieses Misstrauen nicht mehr so wichtig zu sein. Auch weil Politiker und Gewerkschaften Druck gemacht haben. Meinhard Geiken von der IG Metall Küste erklärt, warum eine europaweite Ausschreibung unvorteilhaft für den Norddeutschen Werftstandort ist.

O-Ton Geiken

„Es ist ganz schwer für die deutschen Werften im europäischen Wettbewerb zu bestehen, weil in Europa die anderen Werften staatlich unterstützt werden oder staatliche Unternehmen sind.“

CDU und SPD haben sich deshalb im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass der Marine-Überwasserschiffbau künftig zur Schlüssel-Technologie erklärt werden soll. Damit müssen dann Marine-Aufträge nicht mehr europaweit ausgeschrieben werden. Im Herbst soll es einen entsprechenden Kabinettsbeschluss geben – vorangetrieben wurde der vom maritimen Koordinator der Bundesregierung Norbert Brackmann.

O-Ton Brackmann

„Mir wäre es lieber gewesen, wenn wir das früher gemacht hätten. Wenn wir das bereits bei der letzten Diskussion über die Verteidigungs- und Sicherheitspolitische-Strategie gemacht hätten. Aber das ist Schnee von gestern und für den Vergabeprozess hätte es auch nichts mehr genutzt, das während des Vergabeprozesses zu machen, für die MKS 180. Insofern bin ich froh, dass dann, wenn die nächsten Vergaben anstehen, wir diese Entscheidung haben.“

Beim „Maritimen Parlamentarischen Abend der Industrie und Handelskammer Schleswig-Holstein“ sagte Norbert Brackmann, dass eine starke Marine auch eine starke Werftindustrie braucht. Auch wenn er den Firmen-Namen nicht aussprechen möchte, hat er dennoch einen klaren Favoriten.

O-Ton Brackmann

„Also, das wichtigste an so einem Schiff ist heute die Systemintegration und die Konstruktion eines solchen Schiffes. Und deswegen hat es schon eine strategische Bedeutung, wenn dann dieses Schiff nicht in Deutschland gebaut würde oder zumindest diese Systemintegrationsleistung nicht hier in Deutschland unterstützt würde, hätte das für uns schon erhebliche Nachteile. Zum einen für die Werften hier, insofern ist da schon ein bisschen Kernessenz dran und wäre es auch wichtig, diese Aufgabe hier in Deutschland erledigen zu lassen.“

Auch Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Bernd Buchholz wünscht sich natürlich, dass die vier MKS-180-Schiffe an der Kieler Förde gebaut werden – vor allem vor dem Hintergrund der Wertschöpfung.

O-Ton Bucholz

„Die Bundesregierung hat ja festgelegt, dass sie zukünftig den Überwasserschiffbau im wehrtechnischen Bereich als Schlüssel-Technologie betrachtet. Also damit sagt, das ist etwas, das in Deutschland bleiben muss. Da wäre es eine ziemliche Farce, wenn man vorher einen der größten Aufträge irgendwo ins Ausland abgibt, um dann anschließend zu sagen, das ist jetzt Schlüssel-Technologie. Ich glaube, das sollten alle Beteiligten bedenken und dann werden die schon zu guten Entscheidungen kommen.“

Dass mit dem MKS-180-Auftrag am Ende noch mehr Geld verdient werden kann, zeigt auch das Interesse aus Norwegen an dem Schiff. Nach dem die Fregatte „Helge Ingstadt“ auf Grund und fast komplett unter Wasser geriet, prüft das norwegische Verteidigungsministerium verschiedene Optionen. Unter anderem die Teilnahme an verschiedenen zurzeit geplanten Fregattenneubauprojekten. Dabei wird auch das deutsche Projekt MKS 180 erwähnt. Der maritime Beauftragte der Bundesregierung, Norbert Brackmann, hält sich dazu aber noch bedeckt.

O-Ton Brackmann

„Zu der norwegischen Interessenslage kann ich jetzt nichts sagen, da bin ich aber auch mal gespannt. Fest steht aber, dass wir mit Norwegen schon eine strategische Allianz haben, was die Zusammenarbeit beim U-Boote-Bau und beim Betrieb der U-Boote angeht. Und ich würde es sehr begrüßen, wenn wir auch in anderen Schiffsklassen mit Norwegen so gut zusammenarbeiten könnten.“

Ende des Jahres soll entschieden werden, ob die niederländische Damen Shipyards mit dem deutschen Partner Lürssen aus Bremen den Zuschlag erhält oder aber German Naval Yards aus Kiel, die sich vor kurzem als Junior-Partner ThyssenKrupp Marine-Systems ins Boot holten.

* * *

Der Kampf um den Auftrag für das Mehrzweckkampfschiff 180 – Christian Wolf berichtete.

In unserem letzten Beitrag geht es um die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Polen. Während in den meisten europäischen Ländern die Politik von US-Präsident Trump mit Sorge und manchmal sogar mit Misstrauen

beobachtet wird, betont die polnische Regierung bei jeder Gelegenheit ihre Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten. Der polnische Präsident Andrzej Duda war gerade zum zweitemal innerhalb eines Jahres in Washington, um Präsident Trump zu treffen. Warum die Vereinigten Staaten gerade für Polen so wichtig sind – Jan Pallokat berichtet.

Manuskript Jan Pallokat

ATMO Flugzeug im Anflug

Nur ein paar Schleierwolken verzieren letzten Monat das weite Juni-Blau über dem Weißen Haus, als zwei Präsidenten nebst Gattinnen ihre Hälse recken. Zu Ehren des Besuchs des polnischen Präsidentenpaares Duda lässt Washington einen Tarnkappen-Bomber des Typs F-35 über der US-Hauptstadt aufsteigen, das neueste vom neuesten und auch mit das teuerste Kriegsgerät, das die US-Industrie zu bieten hat – 32 Stück davon, hatte die polnische Regierung einen Monat zuvor versprochen, werde Polen kaufen – ein finanzieller Kraftakt für das zwar aufholende, aber immer noch relativ arme Land.

ATMO Flugzeug lauter

US-Präsident Donald Trump wird wenig später auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit seinem Gast aus Polen sagen:

O-Ton Trump (overvoice)

„Gerade haben Sie diesen eindrucksvollen Überflug einer topmodernen F-35 gesehen, als sie über das Weiße Haus flog. Es war kurz davor, stehen zu bleiben und ich wollte schon sagen, was ist los mit dem Flugzeug, es ist nicht sehr schnell. Es ist unglaublich, was es kann, es kann pfeilgerade aufsetzen, als eines der wenigen in der ganzen Welt, es gilt als das beste Kampfflugzeug in der Welt.“

Zuvor hatte das polnische Staatsoberhaupt seinem Gastgeber Trump geschmeichelt:

O-Ton Duda (overvoice)

„Ich danke Ihnen für Ihre Politik, die beweist, dass Sie nicht nur ein Politiker sind, der spricht, sondern ein Mann der Tat. Wenn Sie sagen, „Make Amerika great again“, dann bedeutet es make und nicht say, nicht über Amerika reden, sondern etwas tun.“

Dass die USA der weit und breit mit Abstand wichtigste Garant für militärische Sicherheit sind, ist in Polen über Parteigrenzen hinweg unbestritten, Nato hin, Nato her. Aber seit die rechtsnationale PiS-Partei Polen regiert, ist das Buhlen um engere bilaterale Kooperation und größere US-Truppenpräsenz noch stärker geworden. Bereits zum zweiten Mal binnen neun Monaten durfte Andrzej Duda im Juni Trump in dessen Heimat besuchen; beim ersten Mal lockte er den Gastgeber mit zwei Milliarden Dollar für eine dauerhafte US-Basis in Polen und mit dem Namen „Fort Trump“ für einen solchen Stützpunkt. Die Erwartungen der Regierung in Warschau waren entsprechend groß. Doch sie wurden vorerst nicht erfüllt. Darüber kann auch die von beiden Staaten unterzeichnete Deklaration für eine vertiefte militärische Zusammenarbeit nicht hinwegtäuschen. Der US-Präsident:

O-Ton Trump (overvoice)

„Darin heißt es, dass die USA und Polen ihre Sicherheitszusammenarbeit vertiefen. Polen wird die Infrastruktur aufbauen, um 1000 Soldaten zusätzlich unterzubringen. Die Polen werden das bauen, ohne Kosten für die USA, die Polen werden das bezahlen. Polen ist auch unter den acht Nato-Staaten, die zwei Prozent der Wirtschaftsleistung fürs Militär aufbringen. Das waren sie von Anfang an, so wie wir, acht von 28, und die anderen kommen hinterher.“

Die besonders enge Anlehnung an die USA ist keine Erfindung der aktuellen Regierung; sie zieht sich durch die jüngere polnische Geschichte – und daran änderte auch der Nato-Beitritt des Landes 1999 nichts. So war Polen der hinter Briten und Amerikanern drittgrößte Truppensteller in George Bushs umstrittenem Irak-Krieg 2003.

Der polnische Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak ist daher voll des Lobes über die im vergangenen Monat getroffenen jüngsten Absprachen mit Washington:

O-Ton Błaszczak (overvoice)

„Diese Vereinbarung ist von bahnbrechender Bedeutung, vergleichbar mit dem Nato-Beitritt vor 20 Jahren. Denn erstens wurde die Präsenz der Amerikaner hier als nun dauerhafte Formel festgelegt. Es sind schon jetzt viereinhalbtausend US-Soldaten in unserem Land, und wir haben 1000 mehr ausgehandelt, aber auch, dass uns weitere Verhandlungen über eine Verstärkung erlaubt sind. Das ist ein Durchbruch, denn das schreckt eventuelle Angreifer ab. Die Anwesenheit amerikanischer Soldaten macht potentiellen Angreifern klar, wer uns angreift, greift auch die USA an.“

Wobei diese allerdings weiterhin rotierend, also in ständigem personellen Wechsel im Land sind, nicht fest mit ihren Familien Fuß fassen, so wie es die polnische Regierung eigentlich angestrebt hatte – eine letzte Rücksicht der USA auf die Nato-Russland-Grundakte von 1997 und ihrer Vereinbarung, keine signifikanten Truppen dauerhaft an der Nato-Ostflanke zu stationieren. Aber genau diese Vereinbarung ist der polnischen Regierung schon länger ein Dorn im Auge. Der Warschauer Militärexperte Marek Swieczynski:

O-Ton Swieczynski (overvoice)

„Es ist das strategische Ziel des polnischen Staates, ganz gleich, welche politische Richtung gerade an der Macht ist, die harte Verteidigungslinie der westlichen Welt nach Polen zu verschieben. Zurzeit befinden sich die nächsten festen US-Basen in Deutschland. Erst durch eine Verschiebung wäre das Ziel der polnischen Politik eingelöst, sich ganz mit der westlichen Welt zu verbinden. Bisher gibt es immer noch die Überzeugung, wir seien wegen der fehlenden festen Präsenz Nato-Mitglied zweiter Klasse.“

Für dieses Ziel war Polen von jeher beides Recht: Die Nato selbst, und der direkte Draht nach Washington. Dass die aktuelle Regierung letzteren besonders bemüht, brachte ihr daheim insofern Kritik ein, als dass sie es vielleicht übertreibe, sich über den Tisch ziehen lasse. Warum etwa ultramoderne F-35-Kampfflieger teuer erwerben, statt die bisherige F-16-Flotte auszubauen, zumal der neue Flugzeugtyp weitere Milliardenkosten für Schulungen von Null an und andere Infrastruktur verlangt? Der der Opposition verbundene Politologe Roman Kuźniar meint:

O-Ton Kuźniar (overvoice)

„Wie kann man in einen Laden gehen, sich das Spielzeug nehmen, das am schönsten aussieht, und dann an die Kasse gehen und fragen, was das kostet?“

Die Amerikaner sind sehr gute Verhandler, Präsident Trump allemal, und plötzlich drängen sich unvorbereitete Jungs aus Warschau in die Arme von einem, der eiskalt kalkuliert, wie viel er von ihnen holen kann.“

Freilich könnte sich irren, wer in der neuen alten Nähe zwischen Polen und den USA nur das Geld sieht, das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage nach Sicherheit. Trumps Amerika und Kaczyńskis Polen verbinden auch Inhalte. Beide haben gemein, dass sie in Migration zuallererst eine Frage der Sicherheit sehen. Und beide neigen zu Pathos, wenn es um Begriffe wie „Geschichte“ und „Nation“ geht, betonen die staatliche Souveränität, misstrauen supranationalen Organisationen. Das wurde bereits deutlich bei Trumps Warschau-Besuch 2017, wo er – für ihn im Ausland eher ungewohnt – von jubelnden Menschen empfangen wurde.

O-Ton Trump (overvoice)

„Die USA und Polen sind nicht nur durch eine strategische Partnerschaft verbunden, sondern durch tiefe gemeinsame Werte und gemeinsame Ziele, und eine starke Freundschaft. Unsere Völker verbindet das Band der Zivilisation und Traditionen, das Land, Glaube, Familie, Freiheit. Im vergangenen Jahrzehnt haben tapfere amerikanische und polnische Patrioten immer wieder zusammengestanden, um unsere Freiheit und Souveränität zu verteidigen, und unsere edle Art zu leben. Als ich das letzte Mal in Polen war, war ich voller Stolz, unter Veteranen des Warschauer Aufstands zu stehen und mir ihren unglaublichen Mut im Angesicht der Nazi-Tyrannie vorstellen zu können.“

Die gemeinsame Erklärung über Militär-Zusammenarbeit der USA mit und in Polen zieht ganz am Anfang eine Linie zu George Bush junior. Man habe bereits gemeinsam Schulter an Schulter gekämpft für Frieden und Sicherheit in der Welt. Das Papier nennt dabei ausgerechnet den umstrittenen Irak-Feldzug von Trumps Vorgänger Bush beim Namen.

* * *

Hagen

Mit diesem Bericht über das US-amerikanisch-polnische Verhältnis geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Sie können sich diese Sendung wie immer auch als Podcast herunterladen, unter ndr.de Schrägstrich

Streitkräfte. Unter dieser Adresse finden Sie auch das Manuskript der Sendung. Am Mikrophon war Joachim Hagen.